

Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP): Keine kontrollierte Hanf- abgabe in der Bundeshauptstadt!

Während in der Stadt Bern dem Zigarettenrauchen der Kampf angesagt wurde, Tabakwerbung verboten wird und immer mehr Räume als rauchfrei deklariert werden, lanciert man von linker Seite die Idee der kontrollierten Hanfabgabe.

Die eidgenössische Hanfinitiative ist auch viele Monate nach der Lancierung noch weit vom Ziel entfernt, denn Kiffer eignen sich offensichtlich nicht als Unterschriftensammler.

Geradezu absurd erscheint nun das Ansinnen, sich beim Bund darum zu bemühen, einen Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis durchführen zu dürfen.

Die Gemeinde Bern widerspräche damit dem Volksentscheid, welcher 1998 bei der Droleg-Initiative mit 78% klar gegen eine Drogenlegalisierung ausfiel. Auch Ärzte-, Lehrer- und Elternorganisationen sowie Verkehrsexperten warnen vor Cannabis und die Armee hat sich ganz klar gegen den Drogenkonsum ausgesprochen. Cannabis ist nach wie vor auf der Dopingliste und Cannabis-Konsum wird bestraft.

Ein Ja zum Versuch der staatlichen Hanfabgabe wäre ein klar falsches politisches Signal der Bundeshauptstadt Bern und ein Zeichen, dass Cannabis-Konsum nicht so schlimm ist. Erziehungsbemühungen von Eltern, Lehrerschaft sowie Präventionsanstrengungen würden damit zunichte gemacht.

Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass Projekte zur kontrollierten Hanfabgabe sowie zur Kokainabgabe aus Kosten- und Gesundheitsgründen sowie aufgrund der geltenden Gesetze und nicht zuletzt aus Imagegründen für die Bundeshauptstadt, in der Stadt Bern nicht weiterverfolgt werden.

Bern, 28. April 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP), Simon Glauser, Rudolf Friedli, Margrit Thomet, Peter Bühler, Christian Wasserfallen, Mario Imhof, Heinz Rub, Erich Ryter, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat anfangs April 2005 sechs Eckwerte zur Cannabispolitik formuliert und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Eckwerte lauteten: „Grundsätze“, „Die Bevölkerung ist informiert“, „Besonders betroffene Zielgruppen werden speziell angesprochen“, „Prävention kommt vor Repression“, „Cannabiskonsum ist im öffentlichen Raum nicht erwünscht“ und „Handel mit harten Drogen wird nicht geduldet“.

Im Eckwert 1 „Grundsätze“ bekräftigt der Gemeinderat, dass er eine pragmatische, unter den Direktionen abgestimmte Cannabispolitik mit dem Ziel verfolgt, weiche und harte Drogen zu trennen, sowie Cannabiskonsumierende nicht unnötig zu kriminalisieren. Ebenfalls im Eckwert 1 hält der Gemeinderat fest, dass er nach wie vor die in der gescheiterten Betäubungsmittelgesetzrevision enthaltenen Bestrebungen unterstütze, Konsum und Handel von Cannabis unter bestimmten Voraussetzungen zu legalisieren. Dazu könnte auch ein Pilotversuch bezüglich kontrolliertem Verkauf von Cannabis gehören.

Zu unterscheiden ist zwischen kontrolliertem *Verkauf* von Cannabis und kontrollierter *Abgabe* von Cannabis:

Kontrollierter Verkauf von Cannabis hiesse, den Betrieben für die Produktion von Cannabis wie auch den Verkaufsstellen festgesetzte Normen vorzuschreiben wie Werbeverbot, kein Verkauf an Minderjährige, maximale Verkaufsmenge pro Tag, Warendeklaration, detaillierte Buchführung etc.. Die Einhaltung dieser Normen würde regelmässig überprüft.

Nicht zur Diskussion steht hingegen eine kontrollierte Cannabisabgabe. Sie würde eine ärztliche Kontrolle voraussetzen. Eine Abgabe unter ärztlicher Kontrolle an alle Cannabiskonsumentierenden würde die Gesundheitskosten massiv steigern. Ebenso wenig ist gegenwärtig die unter Fachleuten umstrittene kontrollierte Abgabe von Kokain für den Gemeinderat ein Thema.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf das Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/ Catherine Weber, GB/Anne Wegmüller/Simon Röthlisberger, JA!): Städtische Hanfpolitik: Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis festhält, ist der Gemeinderat der Meinung, dass Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für einen Pilotversuch bezüglich kontrollierten Hanfverkaufs in der Stadt Bern geprüft werden sollten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 31. August 2005

Der Gemeinderat